

Solidarity City Osnabrück?



Open Borders Osnabrück

Laut einer aktuellen Studie des Strategie-think-tanks McKinsey Global Institute, in Auftrag gegeben von der Bundesregierung, sollen im Jahr »optimalerweise« 2017 bis zu 570.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben werden. Aber Hunderttausende werden sich nicht einfach in die sogenannten Sicheren Drittstaaten abschieben lassen: Eine neue Generation von Sans-Papiers, in Deutschland und überall in Europa. Bei ihnen stehen Menschen, die, vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen der Willkommenskultur in den letzten Jahren, nicht tatenlos zusehen, wie Menschen deportiert werden. Die Widerstände gegen den Abschiebeflug nach Afghanistan im Januar 2017 waren ein Anfang. Und: Der Zweifel hat auch die politische Klasse erreicht – mehrere Bundesländer haben sich gegen die Abschiebedoktrin der Regierung ausgesprochen.

Scheint hier etwas auf, was in den USA in den vergangenen Jahren zu der politischen Kultur der Sanctuary Cities geführt und deren breiter Widerstand gegen die Trump-Dekrete für weltweite Aufmerksamkeit gesorgt hat?

Von der Underground Railway zu Sanctuary City

Die Geschichte der Sanctuary Cities in den USA geht zurück auf das Sanctuary Movement in Zeiten der Reagan-Administration. Die US-Regierung betrieb in den 1980er Jahren Kriegspolitik in Zentralamerika und gewährte denjenigen, die vor diesem Krieg flohen, kein Asyl. Es waren zuerst Christen verschiedener Couleur, die den Migrant_innen aus Honduras, Guatemala oder El Salvador Kirchenasyl gewährten. Sie bezogen sich dabei auf eine Tradition, die von der Underground Railway, also der Unterstützung fliehender schwarzer Sklaven Mitte des 19. Jahrhunderts, bis zum Schutz für desertierende Soldaten während des Vietnam-Kriegs reichte.

Die Gründung der Sanctuary Cities in den USA hatte als weiteren Anstoß die als Sensenbrenner Bill bekannt gewordene Gesetzesinitiative des Jahres 2005. Ähnlich den aktuellen Trump-Dekreten sah sie ein restriktives Vorgehen gegen Millionen von Chicanos vor – Mittelamerikaner_innen, die seit den 1960er Jahren die US-mexikanische Grenze überquert und sich in vielen US-Städten ein Auskommen

gesucht hatten, sowie ihre in den USA geborenen Kinder. Im Frühjahr 2006 gingen hunderttausende Mittelamerikaner_innen, zuerst in Chicago, dann in vielen US-amerikanischen Städten, gegen dieses Gesetz auf die Straßen: Mit mexikanischen Fahnen, Stars and Stripes und dem Singen der US-amerikanischen Hymne. (1) Die jahrelange Netzwerkarbeit von Selbstorganisationen der Chicanos und zahlreichen Unterstützer_innen war erfolgreich: Die Sensenbrenner Bill wurde zurückgezogen. Die Initiativen setzten ihre Netzwerk- und Selbstorganisation fort und Chicago erklärte sich zur Sanctuary City. Inzwischen sind es 39 Städte, darunter die meisten Städte von Format, und 364 Counties, die sich Sanctuary City beziehungsweise County nennen.

Europäische Versuche

Auch im Vereinigten Königreich gibt es mehrere Sanctuary Cities, Sheffield machte hier im Jahr 2007 den Anfang. Barcelona hat sich unter der Bürgermeisterin Ada Colau zur City of Refuge erklärt. Eine Demonstration in Barcelona am 18. Februar diesen Jahres mit 500.000 Teilnehmer_innen, die ein europaweites Bleiberecht für die Migrant_innen aus Griechenland und Italien forderte und der Toten des Mittelmeers gedachte, war ein wichtiges Signal – für ganz Europa. Aber es wurde dabei auch deutlich, dass erst wenige Geflüchtete Barcelona erreicht haben und dass es bislang nicht gelungen ist, die zahlreichen Arbeiter_innen auf den illegalen Arbeitsmärkten Spaniens in das Konzept einzubeziehen. Noch deutlicher ist die Situation beispielsweise im englischen Sheffield: Die Sanctuary Bewegung bezieht sich hier allein auf jene 1.000 Refugees, die die Stadt trotz all der innereuropäischen Grenzsicherungen erreicht haben.

Anders ist die Situation in Griechenland, Italien, Österreich und Deutschland. Hier gibt es sehr viele Migrant_innen, die von Abschiebung bedroht sind, ähnlich wie in den USA und in Kanada. Wenn es um Vorbilder geht, scheint der Kampf um die Solidarity City Toronto für diese europäischen Länder daher das am ehesten übertragbare Beispiel zu sein. Die Aktivist_innen der größten kanadischen Stadt rund um das No One Is Illegal-Netzwerk begannen nach dem Vorbild Chicagos im Jahr 2004 einen langwierigen Zyklus von Kampagnen, der im Frühjahr 2013 in die Erklärung des City Councils mündete, mit der Toronto zur ersten Sanctuary City Kanadas deklariert wurde.

Solidarity City Toronto

Am Anfang der Kampagnen in Toronto stand nicht der Appell an die Politik, sondern die Stärkung und Vernetzung verschiedener Basisinitiativen. No One Is Illegal Toronto begann 2004 mit der Initiative Don't Ask Don't Tell – mit der Forderung an die Polizei sowie an alle Behörden und Mitbürger_innen, niemanden nach dessen Papieren zu fragen beziehungsweise die Kenntnis über einen nicht-legalen Status nicht weiterzugeben. Bei den Migrant_innen, die nach wie vor in großer Zahl aus Kanada abgeschoben werden, handelt es sich meist um Visa Overstayers, die sich für billiges Geld auf den illegalen Arbeitsmärkten verkaufen müssen.

Entsprechend entstanden Kampagnen gegen das Lohndumping in informellen Beschäftigungsverhältnissen, gefolgt vom Einsatz für ein Bildungsrecht an den Schulen, für die Verteilung von Lebensmitteln, gegen Einsparungen von städtischen Leistungen. (1) Im Bündnis mit sozialen Initiativen, Kirchenkreisen, Menschenrechtsgruppen, Anwaltsvereinen, Kulturschaffenden bis hin zu Teilen der Stadtverwaltung entstand schließlich eine Bewegung, der 2013 in den Beschluss des City Councils mündete. Aktivist_innen aus Toronto weisen allerdings auf den Unterschied hin zwischen den Sanctuary Cities, die in den USA nicht selten »von oben«, durch den Beschluss der Stadträte entstanden sind und der Solidarity City Toronto, wie sie durch Grassroot Initiativen und Kampagnen »von unten« her realisiert wurden, bevor der Stadtrat schließlich seinen Segen gab.

Städte der Zuflucht

In Deutschland sind die Voraussetzungen für einen Ansatz der solidarischen Städte etwas anders: Die Polizei ist hier nicht Sache der Städte, sondern der Länder, auch Abschiebungen sind Ländersache und das Bundesamt für Migration (BAMF) ist eine Bundesbehörde.

Aber: Verwaltung, Ausländerbehörde, Job Center, Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen sind Sache der Städte und der Landkreise. Hier gibt es Spielräume für die Verwaltung. Gerade die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen laut Artikel 28 Abs. 2 GG werde in Verbindung mit dem Aufenthaltsrecht, so Helene Heuser von der Refugee Law Clinic Hamburg, noch nicht wirklich ausgeschöpft. (2)

Die Durchsetzung von de-facto-Zuständen wird allerdings wichtiger sein als juristische Positionen: Don't Ask, Don't Tell, Toleranz gegenüber allen Personen, die Schutz brauchen, gegenüber den Aktionen der Unterstützer_innen und gegenüber den Eigeninitiativen der Migrant_innen. Besetzte Häuser sind besser als Menschen auf der Straße, Essen ist für alle da, Kleiderspenden gerne. Feste feiern die Menschen selbst und vielleicht gemeinsam mit Unterstützer_innen.

Auf dem Weg zur Solidarity City können unterschiedliche Interessen und Initiativen Teil einer gemeinsamen Strategie sein: die Initiativen der Willkommenskultur, die sich gegenüber den drohenden Abschiebungen zunehmend im Stich gelassen fühlen, die Initiativen, denen es um Bleiberecht geht, wie »50 aus Idomeni« in Osnabrück oder »Hamburg hat Platz«, mit ihrem appellativen Konzept gegenüber Stadträten und der Bundesregierung, bis hin zu Gruppen wie »Stadt für alle«. Alle sind gleichermaßen wichtige Verbündete in einem Konzept für die Solidarity Cities. Gerade jetzt kann gegenüber der Formierung von Rechts ein gemeinsames Konzept und die Frage »In was für einer Stadt wollen wir leben?« ein positiver Bezugspunkt für alle Beteiligten werden.

In den einzelnen Städten geht es um eine Standortbestimmung und die Suche nach Verbündeten. Es gibt mehr aktive und solidarische Initiativen, als man manchmal annimmt, viele Menschen können sich vorstellen, an der Gestaltung einer Solidarity City teilzunehmen. Konkrete Schritte und Kampagnen in unterschiedlichen

gesellschaftlichen Bereichen können folgen: in Kindergärten und Schulen, Universitäten, im Gesundheitsbereich, in Wohnraum und Wohnprojekten, am Arbeitsplatz, in Werkstätten, beim Sport, im Kulturbereich.

Und seien wir optimistisch: Am Ende stellt der Stadtrat allen Bewohner_innen städtische Ausweise aus und erklärt die Stadt zur Solidarity City.

Die Voraussetzung für all das ist, dass Abschiebungen effektiv verhindert werden können und die Projekte zum Schutz der Sans Papiers konzipiert werden, dass sich möglichst viele Menschen von ihnen angesprochen fühlen können. Denn: Solidarity City heißt eben Stadt für Alle – jenseits aller Rassismen, Diskriminierungsformen und Ausgrenzungen. So kann es zum derzeit von Entfremdung, Spaltung, Konkurrenzkampf und Kontrolle geprägten kapitalistischen Alltag, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf geben, der auf Solidarität, Mitbestimmung und Kollektivität basiert.

Erstveröffentlichung in A&K, März 2017

Kontakt: **info@solidarity-city.eu**

Anmerkungen

1) Harald Bauder: Migration, Borders, Freedom. London und New York, 2016.

2) Helene Heuser: fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-in-der-brd/